

Notizen

Die ersatzlose Streichung des „Gotteslästerungs-Paragrafen“ 166 StGB hat das Bündnis 90/Die Grünen gefordert. Nach Angaben des rechtspolitischen Sprechers dieser Partei, Volker Becker MdB, soll der entsprechende Antrag zur Aufhebung des Paragraphen 166, der im Bundestag eingebracht wurde, der erste Schritt sein zur „Demokratisierung des Verhältnisses von Staat und Kirche“. Weitere anvisierte Themen: Kirchensteuer, Militärseelsorge und konfessioneller Religionsunterricht. Die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland wandten sich gegen dieses Ansinnen. EKD-Vizepräsident Hermann Barth: „Bestimmte Quellen, aus denen sich die Kultur und das Zusammenleben der Menschen speisen, müssen als unverletzlich geachtet werden“ (Sonntagsblatt, 4. 8. 95).

Bei den diesjährigen Salzburger Hochschulwochen (Thema: „Die eine Welt und Europa“) plädierte der Frankfurter Dogmatiker Medard Kehl für eine differenzierte Verhältnisbestimmung von Christentum und moderner Kultur. Er warnte vor „antimodernistischen Klageliedern“ und betonte, auch die Kultur der Moderne sei in das Erlösungswerk Christi eingeschlossen. Gleichzeitig wies Kehl darauf hin, wie wenig kulturelle Abstützung die Mentalität der Moderne noch für die Vermittlung der jüdisch-christlichen Glaubenserfahrung bieten könne. Gläubige Christen in Europa könnten in der von ihnen mitverantworteten Kultur zu „Fremdlingen“ oder sogar zu „Fremdkörpern“ werden.

Die 1990 vom damaligen Bischof von Roermond, Johannes Gijzen, errichtete kirchliche Studieneinrichtung „Mater Ecclesiae Domesticae“ (MEDO) für Fragen von Ehe und Familie hat ihren Lehrbetrieb eingestellt und wird Ende 1996 endgültig schließen. Das wurde Mitte Juli von MEDO in einem Pressecommuniqué bekanntgegeben. Grund für die Schließung des Instituts sind Probleme mit der Finanzierung und Mangel an Studenten. MEDO hatte nie mehr als 41 Studenten; derzeit sind es noch sechzehn. Die Einrichtung wurde finanziell vom Bistum Roermond getragen; Bitten um finanzielle Unterstützung an die Bischofskonferenzen in

Westeuropa, nicht zuletzt die Deutsche Bischofskonferenz, hatten alle keinen Erfolg.

In einem Zeitschriftenbeitrag zum 150jährigen Jubiläum der katholischen Friedensbewegung Pax Christi (vgl. HK, Juli 1995, 349 ff.) forderte der Präsident von Pax Christi International, Kardinal Godfried Danneels, dazu auf, die „Geschichte zu entfatalisieren“ (Documentation Catholique, 6.–20.8.95, 754 ff.). Die Geschichte bestehe nicht aus einer schicksalhaften Folge von Konflikten. Die Geschichte stehe in Bezug zur menschlichen Freiheit, zur Fähigkeit des Menschen, sich gegenüber Gott und dem Nächsten zu öffnen. Versöhnung hänge nicht nur von psychologischen Mechanismen ab bzw. vom persönlichen Willen zur Wahrheit, sondern auch von einem allgemeinen Klima in Kultur und Medienöffentlichkeit.

In einer Erklärung aus Anlaß des 50. Jahrestags des Atombombenabwurfs auf Hiroshima haben führende Vertreter der christlichen Kirchen Japans ein Schuldbekenntnis angesichts der japanischen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg abgelegt: „Wir japanischen Christen müssen aus der Tiefe unseres Herzens diese Sünden bereuen.“ Die Erklärung beklagt auch, daß sich Christen seinerzeit am schintoistischen Staatskult beteiligt und nicht wahrgenommen hätten, damit in Konflikt mit dem ersten Gebot zu geraten. Der Erzbischof von Tokio, Kardinal Peter Seiichi Shirayanagi, schrieb in einem Hirtenbrief zum 50. Jahrestag des Kriegsendes in Asien, Japan und die Kirchen des Landes müßten sich darüber klarwerden, daß sie Aggressoren gewesen seien. Der Hirtenbrief äußert die Hoffnung, durch Anerkennung der historischen Wirklichkeit könne die japanische Kirche Versöhnung mit den anderen asiatischen Nationen erreichen.

Der durch seine Vermittlungsbemühungen zwischen der Regierung und den aufständischen Indios so bekannte wie umstrittene mexikanische Bischof Samuel Ruiz García hat einen Koadjutor mit Nachfolgerecht erhalten. Der bisherige Bischof von Ciudad Altamirano, Raúl Vera López (50), ein Angehöriger des Dominikanerordens, wurde zum Koadjutor für das Bistum San Cristóbal de las Casas ernannt, das der

70jährige Bischof Ruiz seit 1960 leitet. Seit einiger Zeit war immer wieder von Rücktrittsforderungen des Vatikans an Ruiz, die Schlüsselfigur der Friedensgespräche in der süd-mexikanischen Provinz Chiapas, die Rede (vgl. HK, Mai 1995, 276 ff.). Jetzt hat Rom zu der Koadjutorlösung gegriffen, die auch schon anderwärts angewandt wurde, um umstrittene Bischöfe aus der Schußlinie zu nehmen, zuletzt im Fall des Wiener Erzbischofs, Kardinal Groer.

In einer Anfang Juli veröffentlichten Erklärung äußerten die katholischen Bischöfe Nigerias ihre Besorgnis angesichts der politischen Krise in ihrem Land. Die Erklärung spricht von „dunklen Wolken der Unsicherheit“ über Nigeria, dem bevölkerungsreichsten Staat in Schwarzafrika, und beklagte die Zunahme von gekauften Morden, bewaffneten Raubüberfällen und Banditentum. An die gegenwärtigen Militärmachthaber appellieren die Bischöfe, die politischen Gefangenen als Vorbedingung für Dialog und Versöhnung freizulassen. Seit der Annullierung der Parlamentswahlen vom Juni 1993 sei das Land von einer Krise in die andere getaumelt. Die Bischöfe warnen eindringlich vor weiterem Blutvergießen. An die Militärregierung richtet sich die Bitte, sie solle ernsthaft auf den von der Verfassungskommission ausgearbeiteten Entwurf einer neuen Verfassung reagieren und möglichst bald die Macht abgeben.

Zum ersten Mal seit 1973 wurde in Kambodscha ein einheimischer katholischer Priester geweiht. Am 2. Juli dieses Jahres spendete der Apostolische Vikar von Phnom Penh, Bischof Yves Ramousse, dem 1953 geborenen Pierre Tunlop Sophal die Priesterweihe. Unter der Herrschaft der Roten Khmer in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wurde der kambodschanische Klerus zum größten Teil ermordet; während der anschließenden vietnamesischen Besetzung Kambodschas war die Religionsausübung verboten. In Kambodscha gibt es derzeit etwa 15 000 Katholiken. In Battambang besteht ein Priesterseminar, an dem gegenwärtig sechs Seminaristen ausgebildet werden. Der Priesterweihe am 2. Juli wohnten zweitausend Katholiken bei, darunter dreihundert Vertreter von Gemeinden aus der Provinz.